



Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Unternehmen in Deutschland

Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage

Michael Grömling

Köln, 21.01.2025

IW-Report 2/2025

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

**Herausgeber****Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.**

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)**Autor****Prof. Dr. Michael Grömling**

Leiter des Kooperationsclusters

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

Alle Studien finden Sie unter**www.iwkoeln.de**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Januar 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Unsicherheiten über einen wichtigen Wirtschaftspartner	5
2 IW-Konjunkturumfrage als empirische Grundlage	6
3 Ausmaß der ökonomischen Effekte	8
4 Fazit	13
5 Abstract.....	15
Tabellenverzeichnis.....	16
Abbildungsverzeichnis.....	16
Literaturverzeichnis	17

JEL-Klassifikation

C82 – Methodology for collecting, estimating, and organising macroeconomic data

E32 – Business fluctuations, cycles

F13 – Trade policy

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Handelspolitik, Unternehmensbefragung

Zusammenfassung

Gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft werden von den Unternehmen in Deutschland vorrangig Wettbewerbsnachteile sowie Handels- und Absatzbeschränkungen im Fall einer konfrontativen Wirtschaftspolitik der neuen US-Administration erwartet. Knapp ein Drittel von allen befragten Unternehmen geht davon aus, dass es zu starken Wettbewerbsnachteilen aufgrund höherer eigener Energiekosten kommt. 28 Prozent rechnen mit starken Auswirkungen einer schwächeren Weltwirtschaft auf ihre eigene Handelstätigkeit. Ein Zehntel der Unternehmen aus allen befragten Wirtschaftsbereichen sieht durch eine protektionistische Zollpolitik der USA starke Absatzbeschränkungen und 22 Prozent sind der Meinung, dass dies moderat zutrifft. Probleme in den eigenen Lieferketten oder bei der Produktion und Firmenkooperation sind auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eher nicht zu erwarten. Die Anteile der Firmen, die von starken Auswirkungen einer konfrontativen Wirtschafts- und Außenpolitik der neuen US-Regierung ausgehen, liegen in der deutschen Industrie wesentlich höher als in den Dienstleistungsbranchen oder der Bauwirtschaft. Knapp 40 Prozent der Industriefirmen erwarten starke Wettbewerbswirkungen vonseiten der Energiekosten und 22 Prozent aufgrund von laxeren Umweltstandards in den Vereinigten Staaten. Gut ein Drittel der Industriefirmen geht in einem starken Ausmaß von Absatzbeschränkungen durch eine schwächere Weltwirtschaft infolge weltweiter Handelsverzerrungen aus. Daneben rechnen jeweils 17 Prozent der Industrieunternehmen damit, dass ihnen die Subventionierung von US-Firmen durch die Trump-Administration sowie die angekündigte und potenzielle protektionistische Zollpolitik der USA in einem starken Ausmaß bei ihren eigenen Handels- und Absatzmöglichkeiten zusetzen wird.

1 Unsicherheiten über einen wichtigen Wirtschaftspartner

Nach dem Erfolg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 wird im Januar 2025 eine neue US-Administration die Regierungsgeschäfte übernehmen. Bereits der Wahlkampf und auch die bisherige Regierungsbildung waren und sind geprägt von einem eher konfrontativen Kurs gegenüber Teilen der eigenen Bevölkerung und gegenüber anderen Ländern. Angekündigte und damit auch mögliche Veränderungen betreffen die globale Sicherheitspolitik, die Klimapolitik und die Wirtschaftspolitik der USA (Bardt, 2024; Felbermayr et al., 2024; Hüther, 2024; ifo Institut, 2024).

Aus deutscher Perspektive und mit Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen US-Regierung ist zunächst zu konstatieren, dass trotz des bereits mit der ersten Trump-Administration eingesetzten protektionistischen Kurses der US-Handelspolitik die deutsche und die US-amerikanische Wirtschaft weiterhin eng miteinander verflochten sind. Die USA waren in der ersten Jahreshälfte 2024 zum ersten Mal seit 2015 beim Warenhandel (Summe aus Im- und Exporten) wieder der wichtigste Handelspartner Deutschlands (Kolev-Schaefer/Sultan, 2024). Mit weitem Abstand sind die USA der größte Abnehmer von deutschen Exportprodukten und damit von großer Bedeutung für eine Reihe von Branchen (Abbildung 1-1): Der US-Anteil an den deutschen Industrieexporten beläuft sich auf 10 Prozent. Das gilt im gleichen Ausmaß für die Elektroindustrie und die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Für den Auto- und Maschinenbau und vor allem für die Pharmaindustrie sind die Exportanteile der USA deutlich höher. Die USA sind zugleich auch ein wichtiger Lieferant dieser Güter. Daneben sind die transatlantischen Investitionsbeziehungen von hoher Bedeutung (Kolev-Schaefer/Sultan, 2024): Im Jahr 2022 entfielen rund 27,5 Prozent aller deutschen Direktinvestitionsbestände auf die USA, für China beläuft sich der Anteil auf knapp 8 Prozent. Fast 11 Prozent aller Direktinvestitionen in Deutschland stammen aus den USA, dagegen weniger als 1 Prozent aus China.

Abbildung 1-1: Bedeutung der USA für den Handel deutscher Wirtschaftsbereiche

Anteil der USA an den Exporten und Importen von deutschen Branchen im Jahr 2023 in Prozent



Quellen: Kolev-Schaefer/Sultan, 2024; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund ist eine mit der neuen US-Regierung möglicherweise einhergehende unwägbar und konfrontative Politik bedeutsam für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland (Bardt et al., 2024). Unter rein wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten geht es darum, ob und wie der globale Handel – etwa über US-Einfuhrzölle und durch Gegenreaktionen der betroffenen Volkswirtschaften – beschränkt wird. Eine Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) quantifiziert die potenziellen Anpassungslasten, die mit einer protektionistischen Zollpolitik der USA und Gegenreaktionen in der EU einhergehen können (Obst et al., 2024): Im Zeitraum 2025 bis 2028 käme es demnach in Deutschland zu einem kumulierten Ausfall an Wirtschaftsleistung in einer Größenordnung von bis zu 180 Milliarden Euro. Dies erklärt sich durch Exporteinbußen, vor allem aber über zugleich rückläufige Investitionen in Deutschland. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, ob und welche Probleme in den internationalen Lieferketten und bei länderübergreifenden Unternehmenskooperationen entstehen. Möglich sind eingeschränkte Zugänge zum US-Beschaffungsmarkt etwa bei Hochtechnologien, Blockaden von Investitionen oder bei technologischen Kooperationen. Nicht zuletzt sind Wettbewerbsverzerrungen durch Nachteile bei Energiekosten und Umweltstandards sowie durch industriepolitische Subventionierungen oder Wechselkursmanipulationen möglich. Dies erhöht möglicherweise den Konkurrenzdruck auf dem deutschen Markt über kostengünstigere US-Importe.

In dem vorliegenden Beitrag wird auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Spätherbst 2024 ein Erwartungsbild der deutschen Unternehmen hinsichtlich der Wirkungskanäle und des jeweiligen Ausmaßes einer konfrontativen Wirtschaftspolitik durch die neue US-Administration gezeichnet. Dies soll für die Breite der Volkswirtschaft aufzeigen, in welchen Bereichen und mit welchem Ausmaß von den befragten Unternehmen Auswirkungen hinsichtlich ihrer eigenen Geschäftsabläufe erwartet werden. In diesem Kontext wird nicht danach gefragt und erörtert, ob mit den möglichen wirtschafts- und außenwirtschaftspolitischen Entscheidungen der neuen US-Regierung auch positive Effekte auf die Unternehmen in Deutschland – etwa infolge von Deregulierungen oder einer Senkung von Unternehmenssteuern (Welter, 2024) – einhergehen können.

2 IW-Konjunkturumfrage als empirische Grundlage

Mit der IW-Konjunkturumfrage werden seit 1992 ostdeutsche Unternehmen und seit 2002 zudem westdeutsche Firmen nach ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren konjunkturellen Perspektiven befragt (s. ausführlich Grömling, 2018). Die Umfrage wird im Auftrag des IW regelmäßig im Frühjahr und im Herbst durch das amsa-Institut durchgeführt. Es handelt sich bei der IW-Konjunkturumfrage nicht um eine Panelbefragung mit einem konstanten Teilnehmerkreis. Im Großen und Ganzen ist die Gruppe der regelmäßig teilnehmenden Betriebe aus der Industrie, der Bauwirtschaft und der Dienstleistungsökonomie (ohne die Bereiche Banken/Versicherungen und den öffentlichen Sektor) dominierend und weitgehend stabil. Die Ergebnisse liegen sowohl in einer ungewichteten Version als auch in einer nach Betrieben, Beschäftigten und Regionen gewichteten und auf die faktische Sektorstruktur der deutschen Volkswirtschaft angepassten Darstellung vor.

Die hier zugrunde liegende Befragung, an der rund 2.000 Unternehmen teilgenommen haben, startete mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl in den USA, um mögliche konjunkturelle Auswirkungen dieses geopolitischen Ereignisses in den Unternehmenserwartungen für das Jahr 2025 berücksichtigen zu können (Grömling, 2024). Zeitgleich kam es zum Bruch der Regierungskoalition in Deutschland, mit ebenfalls möglichen Auswirkungen auf die Unternehmensbewertungen im Allgemeinen. Die regelmäßige IW-Umfrage zu konjunkturellen Kenngrößen wird standardmäßig um Zusatzfragen ergänzt, mit denen auf besondere konjunkturelle Entwicklungen und wirtschaftspolitische Ereignisse eingegangen werden kann. In der

aktuellen Umfrage vom Spätherbst 2024 wurden die Unternehmen nach den potenziellen Wirkungskanälen und den möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen US-Administration auf ihre eigenen Geschäftsabläufe befragt. Konkret wurden die Unternehmen gefragt: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. Zur Beantwortung wurden den Befragten insgesamt zwölf Antwortmöglichkeiten vorgegeben, die sie mit den folgenden drei Kategorien „trifft nicht/moderat/stark zu“ bewerten konnten.

Tabelle 2-1: Fragenkatalog der IW-Befragung und Legende zu den Abbildungen

Fragebogen Original		Abkürzung für Abbildungen
Beschränkung der eigenen Handelsmöglichkeiten / Absatzmöglichkeiten durch ...	US-Einfuhrzölle auf eigene Güter	Absatzbeschränkung d. US-Einfuhrzölle
	Geschäftsbeschränkungen in den USA (z. B. Privileg für US-Firmen bei Staatsaufträgen)	Absatzbeschränkung d. Geschäftsbeschränkungen in USA
	Schwächung der Weltwirtschaft infolge höherer Unsicherheit / weltweiter Handelsbeschränkungen	Absatzbeschränkung d. schwache Weltwirtschaft
	Subventionierung von US-Konkurrenten / Preisnachteile durch Industriepolitik	Absatzbeschränkung d. Industriepolitik
Probleme bei eigenen Lieferketten / Produktion / Kooperation durch ...	Exportkontrollen (von US-Gütern) / eingeschränkter Zugang zum US-Beschaffungsmarkt (z. B. Hochtechnologie)	Produktionsprobleme d. Beschaffungsprobleme in USA
	Beschränkungen der eigenen Lieferketten mit Drittländern durch US-Sicherheitspolitik (Osteuropa, Asien)	Produktionsprobleme d. Beschränkung Drittländer
	Beschränkungen beim Know-how-Transfer/ bei technologischer Kooperation	Produktionsprobleme d. Technologiebeschränkungen
	Beschränkungen von eigenen Investitionen in den USA oder von US-Investitionen in Deutschland	Produktionsprobleme d. Investitionsbeschränkungen
Wettbewerbsnachteile durch ...	höhere Finanzierungskosten	Wettbewerbsnachteile d. Finanzierungskosten
	strategisches Wechselkursmanagement	Wettbewerbsnachteile d. Wechselkurs
	Nachteile bei Energiekosten	Wettbewerbsnachteile d. Energiekosten
	Nachteile aufgrund niedrigerer Umweltstandards	Wettbewerbsnachteile d. Umweltstandards

Zugrunde liegende Frage: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. IW-Konjunkturumfrage im November 2024 unter 2.051 Unternehmen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

In Tabelle 2-1 sind die zwölf zur Beantwortung vorgegebenen Transmissionswege aufgeführt, die wiederum zu drei Obergruppen zusammengefasst wurden. Zudem sind die Abkürzungen genannt, die in den Abbildungen in Kapitel 3 zur Vereinfachung verwendet werden. Mit der ersten Argumentationsgruppe soll herausgefunden werden, über welche Wirkungskanäle die eigenen **Handels- und Absatzmöglichkeiten** der befragten Firmen beschränkt werden können. Hierzu zählen etwa die Auswirkungen von US-Einfuhrzöllen auf

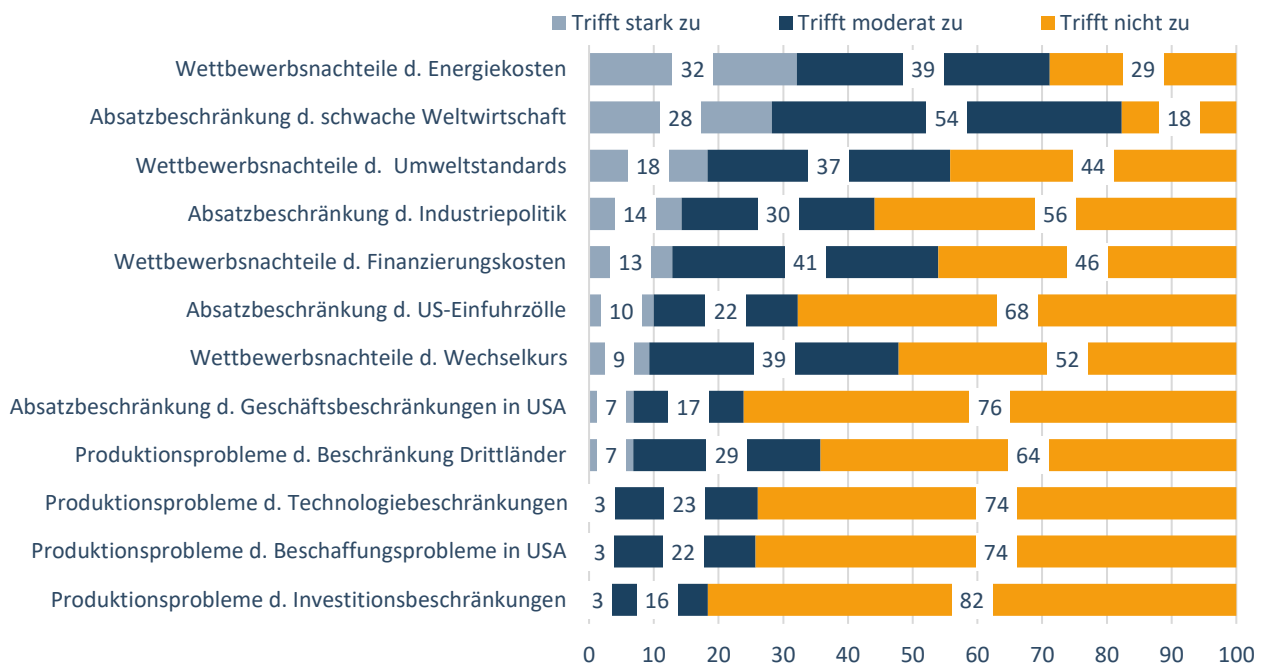
deutsche Exportgüter oder potenzielle Nachteile infolge einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft aufgrund einer globalen Zolleskalation. Die zweite Obergruppe befasst sich mit den Effekten auf die eigenen **Lieferketten** sowie auf die **Produktions- und Kooperationsbedingungen**. Als konkrete Wirkungswege kommen etwa Beschaffungsprobleme am US-Markt oder Investitionskontrollen in Betracht. Schließlich ist es auch denkbar, dass sich die **Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen in Deutschland infolge der neuen US-Regierung verändern und vor allem verschlechtern kann. Dies wäre etwa der Fall bei strategisch angelegten Wechselkursveränderungen oder Kostennachteilen bei Energie oder aufgrund von unterschiedlich strengen Umweltstandards.

3 Ausmaß der ökonomischen Effekte

Hinsichtlich der zwölf vorgegebenen Übertragungswege einer potenziell konfrontativen Politik der neuen US-Administration gibt es ein deutliches Gefälle bei den Bewertungen der Unternehmen in Deutschland (Abbildung 3-1).

Abbildung 3-1: Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Unternehmen in Deutschland

Anteil der Unternehmen mit erwarteten starken, moderaten und keinen Auswirkungen bezogen auf die vorgegebenen Transmissionskanäle in Prozent



Zugrunde liegende Frage: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom November 2024 unter 2.051 Unternehmen. Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Von den befragten Unternehmen erwartet knapp ein Drittel, dass es zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen aufgrund höherer Energiekosten im Vergleich zu den USA kommt. Weitere knapp 40 Prozent sehen zumindest moderate Verzerrungen durch die Energiekosten, die allerdings schon aufgrund der unterschiedlichen Ressourcenausstattung beider Volkswirtschaften in den USA deutlich niedriger sind als hierzulande. So waren Gaspreise (je Million BTU) auf Basis von Daten der Weltbank (2025) im Jahresdurchschnitt 2024 in Europa mit 11 US-Dollar fünfmal so hoch wie in den USA mit 2,2 Dollar. Auch früher gab es schon eine deutliche

Preisdifferenz: In den 2010er Jahren war sie in Europa mit 7,7 US-Dollar mehr als doppelt so hoch wie in den USA (3,1 US-Dollar).

Der Gesamtanteil aus starkem und moderatem Effekt ist bei den Absatzbeschränkungen aufgrund einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft infolge höherer Unsicherheiten und wegen potenzieller weltweiter Handelsbeschränkungen mit rund 80 Prozent höher als bei den Energiekosten. Dabei gehen 28 Prozent der deutschen Unternehmen von starken Auswirkungen einer schwächeren Weltwirtschaft auf ihre eigene Handels-tätigkeit aus. Hinsichtlich der starken Effekte folgen dann mit deutlichem Abstand (18 Prozent) die Kosten- und Wettbewerbsnachteile, die aus niedrigeren Umweltstandards resultieren können. Weitere 37 Prozent sehen hierdurch moderate Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Des Weiteren geben 14 Prozent der Firmen an, dass sie in starkem Ausmaß Preisnachteile durch eine US-Industriepolitik oder die Subventio-nierung von US-Konkurrenten erwarten, und 13 Prozent führen in diesem Kontext höhere Finanzierungskosten als Wettbewerbsnachteil an.

In Anbetracht der Diskussion über die Auswirkungen von US-Einfuhrzöllen wirkt das von den Unternehmen abgegebene Erwartungsbild eher weniger bedrohlich. Ein Zehntel der Unternehmen aus allen befragten Wirt-schaftsbereichen sieht durch eine protektionistische Zollpolitik der USA starke Absatzbeschränkungen und 22 Prozent sind der Meinung, dass dies moderat zutrifft. Im Umkehrschluss gehen somit gut zwei Drittel der Firmen davon aus, dass es zu keinen eigenen Absatzbeschränkungen durch US-Einfuhrzölle kommen wird. Die IW-Befragung kommt des Weiteren zu dem Ergebnis, dass starke Probleme in den eigenen Lieferketten oder bei der Produktion und Firmenkooperation eher nicht zu erwarten sind. Jedenfalls liegt der Anteil der Unternehmen, die mit nennenswerten Produktionsproblemen durch Beschränkungen der eigenen Lieferket-ten mit Drittländern durch US-Sicherheitspolitik, durch Beschränkungen beim Know-how-Transfer oder bei technologischer Kooperation, durch einen eingeschränkten Zugang zum US-Beschaffungsmarkt (z. B. bei Hochtechnologien) oder durch Exportkontrollen (von US-Gütern) oder durch Beschränkungen von eigenen Investitionen in den USA oder von US-Investitionen in Deutschland rechnen, bei deutlich unter 10 Prozent.

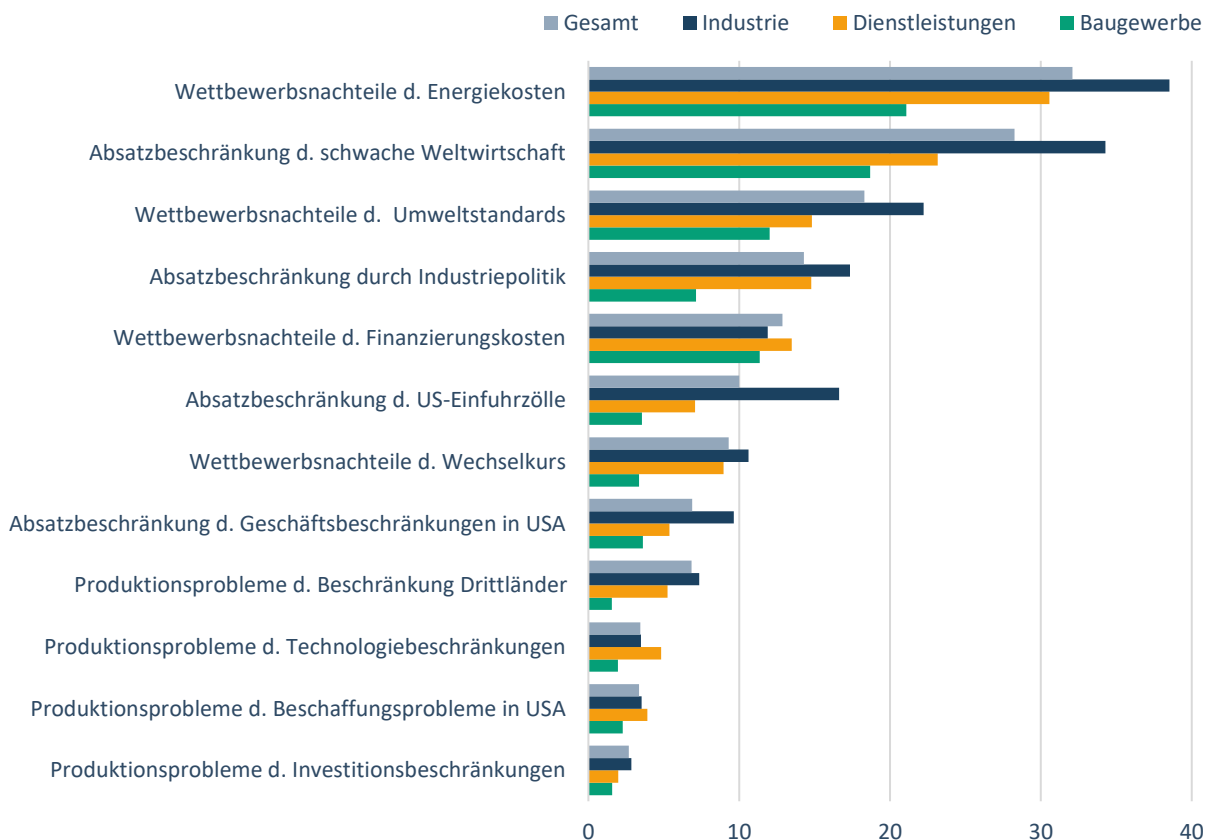
Zusammenfassend signalisieren diese Befragungsergebnisse, dass durch die neue US-Regierung und der von ihr im Vorfeld artikulierten wirtschafts- und außenwirtschaftspolitischen Grundausrichtung von den Unter-nehmen in Deutschland vorrangig Wettbewerbsnachteile sowie Handels- und Absatzbeschränkungen erwar-tet werden. Das gilt allerdings mehrheitlich nur im moderaten Rahmen oder trifft für viele Unternehmen nicht zu. Dabei muss bedacht werden, dass mit der IW-Umfrage auch eine Vielzahl von Unternehmen erreicht wird, die eher im Binnenmarkt und oftmals ausschließlich im regionalen Raum aktiv sind. Insgesamt soll mit dieser Umfrage ein gesamtwirtschaftlich relevantes und aussagekräftiges Erwartungsbild für die deutsche Volkswirtschaft ermittelt werden.

Die Reihenfolge der Argumente ändert sich nicht wesentlich, wenn anstelle der Gesamtwirtschaft die im Rahmen der IW-Befragung abgegrenzten Wirtschaftsbereiche betrachtet werden (Abbildung 3-2). Gleich-wohl liegen die Anteile der Firmen, die von starken Auswirkungen hinsichtlich der zwölf vorgegebenen Über-tragungswege einer konfrontativen Politik der neuen US-Regierung ausgehen, in der deutschen Industrie we-sentlich höher als in den Dienstleistungsbranchen. Die nochmals niedrigeren Werte der Bauwirtschaft erklä-ren sich daraus, dass dieser Wirtschaftsbereich in der Regel eher im lokalen oder regional überschaubaren Raum arbeitet und deutlich weniger internationalisiert ist.

Knapp 40 Prozent der Industrieunternehmen erwarten starke Wettbewerbswirkungen vonseiten der Energiekosten und 22 Prozent aufgrund von laxeren Umweltstandards in den Vereinigten Staaten im Gefolge der Trump-Administration. Gut ein Drittel der Industriefirmen erwartet in einem starken Ausmaß Absatzbeschränkungen durch eine schwächere Weltwirtschaft infolge weltweiter Handelsverzerrungen und Unwägbarkeiten. Daneben gehen jeweils 17 Prozent der Industrieunternehmen davon aus, dass ihnen die Subventionierung von US-Firmen durch die erneute Trump-Administration sowie die angekündigte und potenzielle protektionistische Zollpolitik der USA in einem starken Ausmaß bei ihren eigenen Handels- und Absatzmöglichkeiten zusetzt.

Abbildung 3-2: Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Branchen in Deutschland

Anteil der Unternehmen mit erwarteten starken Auswirkungen bezogen auf die vorgegebenen Transmissionskanäle nach Branchen in Prozent



Zugrunde liegende Frage: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom November 2024 unter 2.051 Unternehmen. Rest zu 100: kein oder moderater Einfluss.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

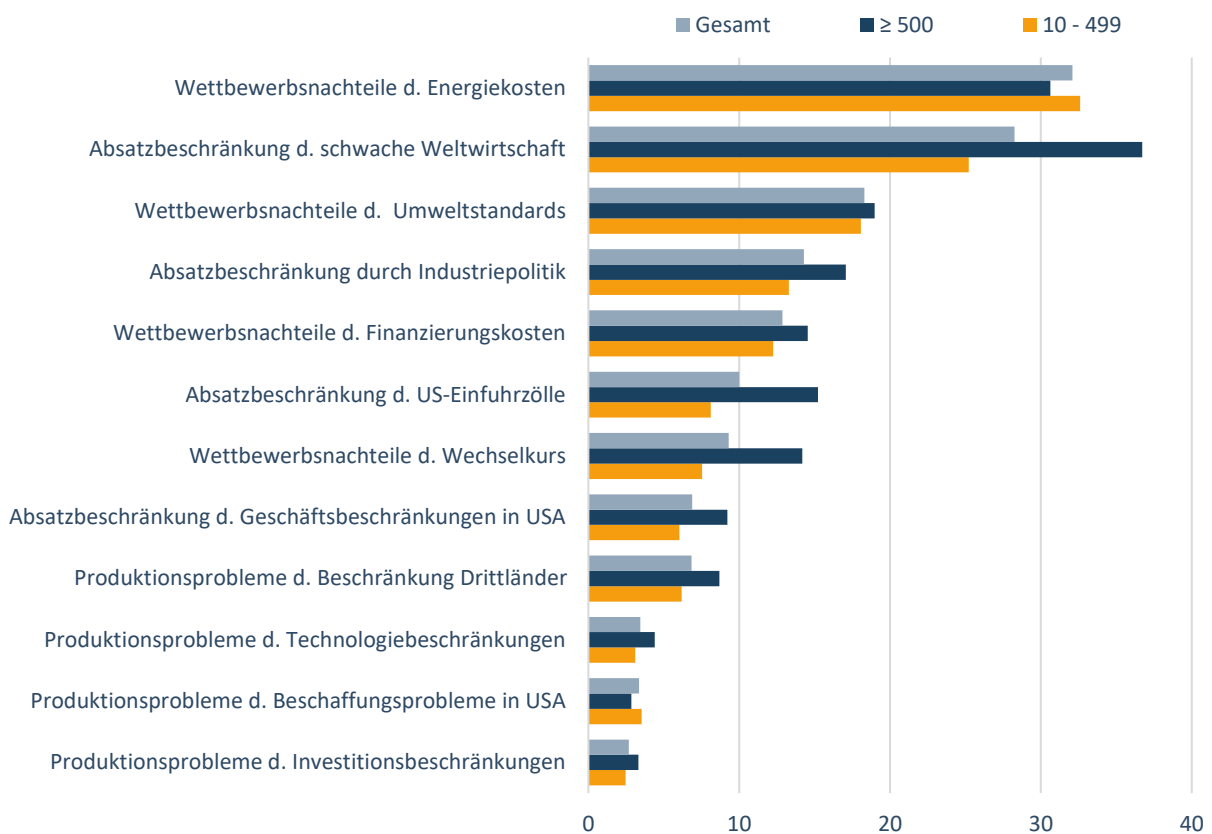
Im Rahmen der IW-Befragung können die befragten Unternehmen auch danach charakterisiert werden, ob sie in einem höheren Ausmaß als der Durchschnitt auf globale Märkte ausgerichtet sind. Die für die Industrie insgesamt ermittelten Befunde sind mehr oder weniger deckungsgleich mit jenen der stärker international aufgestellten Unternehmen. Die möglichen Absatz- und Handelsbeschränkungen durch eine insgesamt abgeschwächte Weltwirtschaft, eine höhere geökonomische Unsicherheit sowie infolge von US-Einfuhrzöllen und industriepolitischen Maßnahmen der US-Regierung zum Schutz der eigenen Unternehmen werden von

den globalisierten deutschen Unternehmen weit überdurchschnittlich als eine starke Belastung für die eigene Geschäftstätigkeit genannt.

Werden die befragten Unternehmen nach der Anzahl ihrer Mitarbeiter gruppiert, zeigen sich bei einigen Transmissionskanälen deutliche Unterschiede, zugleich aber nahezu identische Einschätzungen (Abbildung 3-3): Die Gefahr einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft infolge der neuen US-Regierung sowie Nachteile durch US-Einfuhrzölle und durch Wechselkursverzerrungen werden von den Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten deutlich stärker gesehen als von den Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. Von höheren Energiekosten und Umweltstandards sehen sich dagegen die unterschiedlichen Unternehmensgrößen gleichermaßen betroffen. Auch hier gilt der allgemeine Befund für alle Firmen, dass Produktionsprobleme infolge der vier vorgegebenen Übertragungswege offensichtlich keine zentrale Herausforderung für die Unternehmen in Deutschland darstellen.

Abbildung 3-3: Auswirkungen der neuen US-Regierung nach Unternehmensgröße

Anteil der Unternehmen in Deutschland mit erwarteten starken Auswirkungen bezogen auf die vorgegebenen Transmissionskanäle nach Anzahl der Mitarbeiter in Prozent



Zugrunde liegende Frage: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom November 2024 unter 2.051 Unternehmen. Rest zu 100: kein oder moderater Einfluss.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Insgesamt zeigt sich, dass größere Betriebe, global ausgerichtete Unternehmen und Industriefirmen stärker von möglichen konfrontativen Entscheidungen der neuen US-Regierung in einem höheren Ausmaß betroffen sein werden. In diesen drei Gruppen gibt es gleichwohl hohe Überschneidungen.

In der IW-Konjunkturumfrage werden die befragten Firmen regionalen Wirtschaftsräumen zugeordnet (s. hierzu ausführlich Grömling, 2018). In der vorliegenden Auswertung werden ausschließlich die Ergebnisse nach West- und Ostdeutschland differenziert dargestellt (Abbildung 3-4). Insgesamt liefert diese Differenzierung kein grundsätzlich anderes Erwartungsbild im Vergleich zum Befund für Gesamtdeutschland. Aufgrund ihres höheren Gewichts an der Befragung und an der Hochrechnung entsprechen sich die Ergebnisse für Westdeutschland und Deutschland nahezu.

Abbildung 3-4: Auswirkungen der neuen US-Regierung in West- und Ostdeutschland

Anteil der Unternehmen mit erwarteten starken Auswirkungen bezogen auf die vorgegebenen Transmissionskanäle nach Regionen in Prozent



Zugrunde liegende Frage: „Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump für Ihre eigenen Geschäftsabläufe?“. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom November 2024 unter 2.051 Unternehmen. Rest zu 100: kein oder moderater Einfluss.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Mit Blick auf Ostdeutschland sind zum einen leichte Verschiebungen in der Reihenfolge der Argumente und im erwarteten Ausmaß der möglichen Beeinträchtigungen zu beobachten. Starke Absatzbeschränkungen durch eine schwächere Weltwirtschaft und durch laxere Umweltstandards in den USA werden von den ostdeutschen Unternehmen deutlich weniger erwartet als von den westdeutschen. Dagegen ist der Anteil der

Unternehmen in Ostdeutschland, die von starken Wettbewerbsnachteilen durch künftig höhere Finanzierungskosten und von starken Absatzbeschränkungen durch US-Einfuhrzölle ausgehen, um 3 Prozentpunkte höher als im Westen. Eine wesentlich unterschiedliche Beurteilung der ökonomischen Auswirkungen der neuen US-Regierung auf die Unternehmen in West- und Ostdeutschland und eine daraus ableitbare unterschiedliche wirtschaftspolitische Reaktion ist damit nicht gegeben.

4 Fazit

Gemäß der Zusatzfrage im Rahmen der aktuellen IW-Konjunkturumfrage, die nach dem Erfolg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 stattfand, werden von den Unternehmen in Deutschland vorrangig Wettbewerbsnachteile sowie Handels- und Absatzbeschränkungen erwartet. Das gilt mehrheitlich allerdings im moderaten Rahmen oder trifft für viele Unternehmen überhaupt nicht zu. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu bedenken, dass mit der IW-Umfrage eine Vielzahl von Unternehmen erfasst wird, die eher im Binnenmarkt und oftmals nur im regionalen Raum aktiv sind. Mit der Umfrage soll letztlich ein aussagekräftiges Erwartungsbild für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ermittelt werden. Gleichwohl erwartet von allen befragten Unternehmen knapp ein Drittel, dass es zu starken Wettbewerbsnachteilen aufgrund höherer eigener Energiekosten im Vergleich zu den USA kommt. Weitere knapp 40 Prozent sehen moderate Verzerrungen durch die Energiekosten. Der Gesamtanteil aus starkem und moderatem Effekt ist bei den Absatzbeschränkungen aufgrund einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft infolge höherer Unsicherheiten und weltweiter Handelsbeschränkungen mit rund 80 Prozent höher als bei den Energiekosten. Dabei gehen 28 Prozent von starken Auswirkungen einer schwächeren Weltwirtschaft auf ihre eigene Handelstätigkeit aus. Ein Zehntel der Unternehmen aus allen befragten Wirtschaftsbereichen sieht durch eine protektionistische Zollpolitik der USA starke Absatzbeschränkungen und 22 Prozent sind der Meinung, dass dies moderat zutrifft. Probleme in den eigenen Lieferketten oder bei der eigenen Produktion und Firmenkooperation sind im makroökonomischen Kontext eher nicht zu erwarten.

Die Anteile der Firmen, die von starken Auswirkungen hinsichtlich der zwölf vorgegebenen Übertragungswege einer konfrontativen Politik der neuen US-Regierung ausgehen, liegen in der deutschen Industrie wesentlich höher als in den Dienstleistungsbranchen oder der Bauwirtschaft. Knapp 40 Prozent der Industrieunternehmen erwarten starke Wettbewerbswirkungen vonseiten der Energiekosten und 22 Prozent aufgrund von laxeren Umweltstandards in den Vereinigten Staaten im Gefolge der neuen Trump-Administration. Gut ein Drittel der Industriefirmen geht in einem starken Ausmaß von Absatzbeschränkungen durch eine schwächere Weltwirtschaft infolge weltweiter Handelsverzerrungen und Unwägbarkeiten aus. Daneben rechnen jeweils 17 Prozent der Industrieunternehmen, dass ihnen die Subventionierung von US-Firmen durch die Trump-Administration sowie die angekündigte und potenzielle protektionistische Zollpolitik der USA in einem starken Ausmaß bei ihren eigenen Handels- und Absatzmöglichkeiten zusetzen wird.

Die möglicherweise von der neuen US-Regierung eingeführten wirtschafts- und außenhandelspolitischen Maßnahmen betreffen nicht nur die Unternehmen in Deutschland. Aufgrund der politischen und der starken wirtschaftlichen Einbindung Deutschlands in die Europäische Union scheiden nationale Gegenreaktionen aus. Die Europäische Union ist gefordert und muss auf eine protektionistische Politik der USA reagieren (Hüther, 2024; Obst et al., 2024). Die Analyse von Bardt (2024) empfiehlt hierzu drei Schritte für eine effektive Verhandlungsposition: Europa muss erstens für sich klare Prioritäten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in der Handelspolitik definieren. Europa muss des Weiteren handels- und sicherheitspolitische

Angebote entwickeln, um kompromissfähig zu sein und bestehende Probleme in der transatlantischen Kooperation auch angehen zu können. Schließlich muss Europa auch handelspolitische Gegenpositionen, etwa im Fall schädigender protektionistischer US-Einfuhrzölle und anderer Handelsbarrieren entwickeln und einsetzen. Eine Auswertung des Ökonomenpanels des ifo Instituts (Günther et al., 2024) zeigt jedoch, dass mehr als vier von fünf der befragten Volkswirte Deutschland als schlecht für die neue US-Regierung vorbereitet sehen.

5 Abstract

Effects of the new US administration on companies in Germany - results of the IW economic survey

According to the latest economic survey by the Institut der deutschen Wirtschaft (German Economic Institute), companies in Germany primarily expect competitive disadvantages as well as trade and sales restrictions in the event of a confrontational economic policy by the new US administration. A third of all companies surveyed assume that there will be major competitive disadvantages due to higher energy costs. 28 per cent expect a weaker global economy to have a strong impact on their own trading activities. One tenth of the companies from all economic sectors surveyed believe that a protectionist US tariff policy would severely restrict sales and 22 per cent believe that this would be the case to a moderate extent. Problems in their own supply chains or in production and company cooperation are not expected at a macroeconomic level. The proportion of companies that expect the new US administration's confrontational economic and foreign policy to have a strong impact is significantly higher in German manufacturing industry than in the service or construction sectors. Around 40 per cent of manufacturing companies expect strong competitive effects from energy costs and 22 per cent from laxer environmental standards in the United States. A good third of manufacturing companies expect sales restrictions due to a weaker global economy as a result of global trade distortions. In addition, 17 per cent of manufacturing companies expect that the subsidisation of US companies by the Trump administration and the announced and potential protectionist tariff policy of the USA will have a significant impact on their own trade and sales opportunities.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Fragenkatalog der IW-Befragung und Legende zu den Abbildungen.....	7
---	---

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Bedeutung der USA für den Handel deutscher Wirtschaftsbereiche	5
Abbildung 3-1: Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Unternehmen in Deutschland	8
Abbildung 3-2: Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Branchen in Deutschland	10
Abbildung 3-3: Auswirkungen der neuen US-Regierung nach Unternehmensgröße.....	11
Abbildung 3-4: Auswirkungen der neuen US-Regierung in West- und Ostdeutschland	12

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus, 2024, Trump oder Harris oder ...? Worauf sich Europa einstellen muss, US-Szenarien für die US-Präsidentschaft, IW-Policy Paper, Nr. 5, Köln

Bardt, Hubertus et al., 2024, Es wird nicht besser. IW-Konjunkturprognose Winter 2024, IW-Report, Nr. 45, Köln

Felbermayr, Gabriel / Hinz, Julian / Langhammer Rolf, 2024, US Trade Policy After 2024: What Is at Stake for Europe?, Kiel Policy Brief, Nr. 178, Kiel

Grömling, Michael, 2018, Methods and Applications of the IW Business Survey, IW-Report, Nr. 5, Köln

Grömling, Michael, 2024, Keine Signale für eine Wende, IW-Konjunkturumfrage Herbst 2024., IW-Report, Nr. 47, Köln

Günther, Aaron / Potrafke, Niklas / Schmid, Ramona, 2024, Trumps Wiederwahl: Volkswirte sehen überwiegend negative Folgen, in: ifo Schnelldienst, 77. Jg., Nr. 12, S. 48–51

Hüther, Michael, 2024, Durch die Wahl Trumps müssen wir schon morgen handeln, Interview, in: Börsen-Zeitung, 11.11.2024

ifo Institut, 2024, Präsidentschaftswahl in den USA – Konsequenzen für Deutschland und Europa, ifo Schnelldienst, 77. Jg., Nr. 9

Kolev-Schaefer, Galina / Sultan, Samina, 2024, USA: Wie wichtig ist die Wirtschaftspartnerschaft für uns?, IW-Report, Nr. 36, Köln

Obst, Thomas / Sultan, Samina / Matthes, Jürgen, 2024, Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0?, Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen, IW-Report, Nr. 42, Berlin / Köln

Weltbank, 2025, World Bank Commodities Price Data (The Pink Sheet), 3.1.2025, [https://www.worldbank.org/en/research/commodity Markets](https://www.worldbank.org/en/research/commodity%20Markets) [8.1.2025]

Welter, Patrick, 2024, Trump als Vorteil für Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.11.2024, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/us-wahl-2024-donald-trump-als-vorteil-fuer-europa-110101949.html> [8.1.2025]